

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

20. April 2015

Afghanistan

Konflikt: UNAMA-Statistik zu zivilen Opfern im 1. Quartal 2015

Nach Angaben der UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) entspricht die Zahl der zivilen Opfer des Konfliktes im ersten Quartal 2015 in etwa der des Vergleichszeitraums 2014. Es wurden 655 getötete und 1.155 verletzte Zivilisten (insgesamt 1.810 Opfer) registriert. Die von der UNAMA genannte Zahl der zivilen Todesopfer ist damit fast doppelt so hoch wie die in der vorhergehenden Woche bekannt-gegebene Zahl des afghanischen Nachrichtensenders TOLONews (350; vgl. BN v. 13.04.15). Der größte Teil der zivilen Opfer (521) wurde bei Bodenkämpfen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen verursacht. Improvisierte Sprengsätze (IEDs) blieben die zweitgrößte Ursache für Verluste unter der Zivilbevölkerung (430). An dritter Stelle folgten gezielte Angriffe auf Zivilpersonen (309 Opfer). Hier war ein Anstieg um 34 Prozent zu verzeichnen. Weitere Opfer forderten Selbstmordanschläge (268), Luftangriffe (15) und andere Vorkommnisse. Unter den getöteten oder verletzten Zivilisten waren 172 Frauen und 430 Kinder, die vor allem Opfer von Kampfhandlungen in bewohnten Gebieten wurden. UNAMA rechnet mit einer Zunahme der Kämpfe in den nächsten Monaten.

IS bekennt sich zu Anschlag

Am 18.04.15 sprengte sich ein Selbstmordattentäter vor einer Bank in Jalalabad (Provinz Nangarhar, Osten) in die Luft und tötete mindestens 32 Menschen, über 120 wurden verletzt. Ein Sprecher des „Islamischen Staats“ behauptete, dieser sei für den Anschlag verantwortlich. Die Taliban stritten eine Beteiligung ab.

Schiiten enthauptet

In der südöstlichen Provinz Ghazni wurden am 17.04.15 die Leichen von fünf Angehörigen der schiitischen Hazara-Minderheit gefunden. Die Männer waren zuvor entführt worden. Es ist nicht klar, wer die Täter waren. Möglicherweise handelt es sich um eine Gruppe Aufständischer, die behaupten, sich dem IS angeschlossen zu haben.

Sonstige sicherheitsrelevante Vorfälle

Weitere Anschläge und Kämpfe gab es in den Provinzen Helmand, Zabul (Süden), Baghlan, Badakhshan (Nordosten), Kunar, Laghman (Osten), Farah, Ghor, Herat (Westen), Faryab, Balkh, Jawzjan (Norden), Paktia, Paktika, Khost, Ghazni (Südosten), Maidan Wardak und Kapisa (Zentralregion).

Iran/Afghanistan

Gemeinsames Vorgehen gegen IS geplant

Die Präsidenten beider Staaten, Rohani und Ghani, vereinbarten am 19.04.15 in Teheran, gemeinsam den IS zu bekämpfen, dessen Terror sich auf die gesamte Region auszuweiten drohe. Man werde nicht nur Informationen austauschen, sondern gegebenenfalls auch gemeinsam militärisch-operativ zusammenarbeiten.

Jemen

Regierung akzeptiert iranischen Friedensplan nicht

Trotz neuer Initiativen für eine politische Lösung des Konflikts zwischen der Regierung und den von Iran unterstützten Houthi-Rebellen zeigt sich weiterhin keine Lösungsmöglichkeit. So lehnte die Regierung am Wochenende einen iranischen Friedensplan ab. Dieser sieht eine sofortige Feuerpause, ein Ende aller militärischen Angriffe, humanitäre Hilfe und den Aufbau einer Regierung der nationalen Einheit vor. Bei dem Plan handle es sich jedoch nur um ein „politisches Manöver“, so Regierungssprecher Rajeh Badi gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Iran hatte die USA für deren Unterstützung der von Saudi-Arabien angeführten Luftangriffe auf die schiitischen Houthi-Rebellen kritisiert. Als Vermittler brachte sich indessen auch China ins Spiel, das auf Ölimporte aus der Region angewiesen ist.

Irak

Zehntausende in der Provinz Anbar auf der Flucht

Nach UN-Angaben sind in der Provinz Anbar mehr als 90.000 Menschen auf der Flucht vor Kämpfen der Regierungstruppen mit dem IS. Nach einem Vorstoß des IS auf die Stadt Ramadi flohen am Wochenende Tausende in Richtung Bagdad und Falludscha, darunter Sicherheitskräfte. Hilfsorganisationen hätten begonnen, die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen. Die irakischen Streitkräfte ziehen nach Angaben von Regierungsvertretern am Stadtrand von Ramadi Truppen für eine Offensive gegen den IS zusammen.

Kurden drängen IS bei Kirkuk zurück

Peschmerga-Kämpfern gelang es bei einer Offensive südlich von Kirkuk, den IS weiter zurückzudrängen und ein Gebiet von 84 Quadratkilometern zu erobern. Die Offensive begann am 18.04.15. Unterstützt wurden die Kurden durch Angriffe der US-Luftwaffe. Mindestens 35 IS-Kämpfer sollen ums Leben gekommen sein.

Anschlag auf US-Konsulat in Erbil

Bei einem Selbstmordattentat am 17.4.15 vor dem US-Konsulat in der nordirakischen Stadt Erbil sollen neun Menschen ums Leben gekommen sein. Zu der Tat hat sich der IS bekannt.

Syrien

IS zieht sich weitgehend aus Yarmuk zurück

Am 15.04.15 gaben Bewohner des palästinensischen Flüchtlingslagers Yarmuk an, Extremisten des IS kämpften zwar noch am nördlichen Eingang des Lagers gegen Angehörige der mit der Hamas verbündeten palästinensischen Gruppierung Aknaf al-Makdis. Jedoch seien hunderte IS-Kämpfer in ihre Hochburg ins benachbarte Hajar al-Aswad zurückgekehrt. Die al-Nusra-Front stelle jetzt die stärkste Kraft im Lager dar, auch sie sei ein Feind der Aknaf al-Makdis.

Libyen

IS-Video zeigt mutmaßliche Tötung von 30 Christen

Am 19.04.15 wurde im Internet vom libyschen Ableger des IS ein halbstündiges Video mit dem Titel „Die Anbeter des Kreuzes, die zur feindlichen äthiopischen Kirche gehören“ veröffentlicht. Das Video zeigt die Enthauptung von rund 15 Männern an einem Strand und die Erschießung von 15 in einer Wüstenlandschaft. Die Getöteten und zuvor entführten mutmaßlich äthiopischen Christen sollen Angaben im Video zufolge in der ostlibyschen Provinz Barka und in der südlibyschen Provinz Fazzan getötet worden sein. Die Echtheit des Videos ist noch nicht gesichert.

Burundi

Tausende fliehen in Nachbarländer

Laut einer Mitteilung des UNHCR vom 17.04.15 flohen seit Anfang April 2015 etwa 7.000 Burunder aus Furcht vor drohender Gewalt im Zusammenhang mit den für Juni 2015 geplanten Präsidentenwahlen ins Nachbarland Ruanda und etwa tausend in die DR Kongo. Diskussionen um eine eventuelle dritte Amtsperiode des amtierenden Präsidenten Pierre Nkurunziza prägen derzeit die Innenpolitik. Sicherheitskräfte lösten am 17.04.15 eine Demonstration hunderter Oppositioneller in Burundis Hauptstadt Bujumbura gegen eine Kandidatur Nkurunzizas gewaltsam auf.

Zentralafrikanische Republik

Aktuelle Lage

Der UN-Sondergesandte für die Zentralafrikanische Republik und Leiter der UN-Mission MINUSCA, Babacar Gaye, bezeichnete am 14.04.15 vor dem UN-Sicherheitsrat die Lage als weiterhin angespannt. Weite Teile der Bevölkerung seien nach wie vor von Übergriffen durch die Séléka und die Anti-Balaka bedroht, während sich die humanitäre Krise verschärfe. Seit Jahresanfang habe die UN 50.000 neue Binnenflüchtlinge registriert.

Friedensbemühungen

Francois Bozizé, ehemaliger Präsident der Zentralafrikanischen Republik, und Amtsnachfolger Michel Dlotodia, Anführer der muslimischen Rebellenkoalition Séléka, die Bozizé 2013 aus dem Amt vertrieb, unterzeichneten am 14.04.15 in Nairobi (Kenia) ein Friedensabkommen. Bereits am 08.04.15 hatten Vertreter der Séléka und der Anti-Balaka in Nairobi ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen.

Die Übergangsregierung unter Catherine Samba-Panza ist an den beiden Abschlüssen nicht beteiligt. Samba-Panza, welche die Verhandlungen in Kenia kritisierte, plant eine eigene Friedensinitiative in der Hauptstadt Bangui („Bangui-Forum“) Ende April 2015, die den Weg zu allgemeinen Wahlen bereiten soll.

Nigeria

57 zum Tode verurteilte Soldaten freigesprochen

Laut Pressemeldung vom 16.04.15 sprach ein Militärgericht in Abuja 57 Soldaten frei, die im Dezember 2014 zum Tode verurteilt worden waren. Ihnen war vorgeworfen worden, sich im August 2014 geweigert zu haben, gegen Boko Haram zu kämpfen.

Über 2.000 Frauen und Mädchen entführt

Zum ersten Jahrestag der Entführung von 276 Schulmädchen aus einer Schule in der nordostnigerianischen Stadt Chibok, von denen 219 bis heute verschwunden sind, veröffentlichte Amnesty International (ai) am 14.04.15 den Bericht „Our job is to shoot, slaughter and kill: Boko Haram's reign of terror“. In ihm werden Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen der Boko Haram dokumentiert. Laut Schätzungen von ai hat Boko Haram seit Anfang 2014 über 2.000 junge Frauen bzw. Mädchen entführt und diese mit Boko Haram-Mitgliedern zwangsverheiratet. In einigen Fällen wurden auch junge Männer entführt und anschließend zwangsrekrutiert oder als Spione zwangsverpflichtet. Mindestens 5.500 Zivilisten wurden von Januar 2014 bis März 2015 getötet, davon mindestens 817 durch 46 Bombenanschläge.

800.000 Kinder auf der Flucht

Laut einem am 13.04.14 veröffentlichten UNICEF-Bericht hat sich die Zahl der Menschen, die aus Angst vor Boko Haram und wegen der Kämpfe zwischen den Terroristen mit Regierungstruppen und bewaffneten Bürgerwehren innerhalb Nigerias auf der Flucht sind, in einem Jahr auf 1,2 Mio. fast verdoppelt. Zudem sind über 200.000 Menschen in die Nachbarländer Niger, Tschad und Kamerun geflüchtet. 800.000 der Flüchtlinge und Vertriebenen sind Kinder. Zwischen 2012 und 2014 wurden bei Angriffen auf Schulen im Nordosten Nigerias mindestens 196 Lehrer und 314 Schüler getötet sowie mehr als 300 Schulen zerstört oder schwer beschädigt.

Kamerun

Dörfer von Boko Haram überfallen

In der Nacht zum 17.04.15 überfielen Boko-Haram-Kämpfer in der Region Extrême-Nord das Dorf Bia (Distrikt Kolofata). Die meisten der getöteten 19 Menschen wurden enthauptet.

DR Kongo

19 Zivilisten im Raum Beni massakriert

Am Morgen des 15.04.15 wurden in der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu im Dorf Mbau (etwa 30 km von der Distrikthauptstadt Beni entfernt) 18 Menschen von Bewaffneten mit Macheten massakriert. Die Tat wird Angehörigen der ursprünglich in Uganda aktiven islamistischen Rebellengruppe ADF („Allied Democratic Forces“) zugeschrieben, die seit Anfang Okt. 2014 in der Umgebung von Beni etwa 300 Dorfbewohner umgebracht haben sollen.

Sieben Demokratie-Aktivisten in Haft

Laut einem am 15.04.15 von Human Rights Watch (HRW) veröffentlichten Bericht befinden sich von den etwa 30 Personen, die am 15.03.15 in Kinshasa bei einem Workshop der Jugendbewegung Filimbi verhaftet wurden (vgl. BN v. 23.03.15), noch drei in Haft. Hierzu zählt auch Fred Bauma, ein Führer der Demokratiebewegung LUCHA („Kampf für den Wechsel“). Die Gruppe hat ihren Sitz in der Stadt Goma (Ostkongo). Für die Freilassung von Bauma und seiner beiden Mithäftlinge demonstrierten am 07.04.15 in Goma auf einer Hauptstraße 15 bis 20 LUCHA-Mitglieder. Vier von ihnen wurden von der Polizei verhaftet und ins Zentralgefängnis von Goma gebracht. Ihnen wird Aufhetzung zum Ungehorsam gegen die Behörden vorgeworfen.

Sudan

Präsidentschaftswahlen

Vom 13.04. bis einschließlich 16.04.15 fanden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Beobachter schätzen, dass nur etwa 10-20 % der 13,3 Mio. Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Mit dem Ergebnis wird am 27.04.15 gerechnet. Große Teile der Opposition wie die National Umma Party (NUP) des ehemaligen Premierministers Sadiq al-Mahdi hatten zum Boykott aufgerufen. Die Opposition fordert eine Übergangsregierung und eine neue Verfassung.

Allgemein wird erwartet, dass Präsident al-Bashir weitere fünf Jahre im Amt bleiben wird.

Im Bundesstaat Südkordofan sollen Rebellen der SPLA-N bei Angriffen auf Wahllokale 136 Zivilisten getötet und 150 verletzt haben.

Somalia

Anschlag in Mogadischu

Bei einem Angriff auf das somalische Ministerium für Hochschulbildung starben in Mogadischu am 14.04.15 mehrere Personen. Die Zahl der Opfer wird je nach Quelle mit mindestens fünf oder 15 angegeben. Nach der Detonation einer Autobombe stürmten Angreifer das Gebäude des Ministeriums. Unter den Toten sollen sich Mitarbeiter der Regierung, Sicherheitskräfte, Zivilisten sowie drei Angreifer befinden. Die al-Shabaab bekannte sich zum Anschlag.

Anschlag in Puntland

Neun kenianische und somalische Arbeiter kamen am 20.04.15 ums Leben, als in einem Bus, der sie auf das Gelände der Vereinten Nationen in der Hauptstadt Garoowe bringen sollte, eine unter einem Sitz versteckte Bombe explodierte. Nach Vermutungen der Polizei soll hinter dem Anschlag die al-Shabaab stehen.

Mali

Anschlag auf UN-Truppen

Bei einem Selbstmordanschlag auf einen Stützpunkt der UN-Militärmission (MINUSMA) in Ansongo (Region Gao, Norden) sind am 15.04.15 drei Zivilisten getötet worden. Neun Blauhelmsoldaten sowie sieben Zivilisten wurden verletzt. Seit Juli 2013 starben mindestens 35 VN-Soldaten, 140 erlitten Verletzungen.

Guinea

Oppositionsproteste

Seit 13.04.15 kommt es in der Hauptstadt, Conakry, zu Straßenschlachten zwischen Anhängern der Opposition und Sicherheitskräften. Mindestens drei Personen wurden getötet, rund 50 verletzt. Hintergrund ist ein Streit über die Datierung der Wahlen (Verschiebung von Regionalwahlen auf 2016, nach Präsidentschaftswahlen am 11.10.15).

Kosovo

Proteste gegen die Regierung

Mehrere Tausend Menschen haben am 18.04.15 friedlich gegen die Regierung demonstriert. „Diebe ins Gefängnis, nicht in die Regierung“, lautete das Motto. Die Kritik richtete sich v.a. gegen den Einfluss der Behörden auf Justiz und Medien. Demonstranten trugen albanische Flaggen und Karten Groß-Albaniens. Die Bevölkerung ist zunehmend frustriert über den Stillstand. Sieben Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung ist die erhoffte Wende in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausgeblieben. Schon im Januar 2015 kam es zu Demonstrationen gegen die Regierung mit den schwersten Ausschreitungen seit der Unabhängigkeit.

Albanien

Auswanderungswelle

Laut albanischen Pressemeldungen findet derzeit eine „Massenauswanderung“ v.a. aus den nordalbanischen Gemeinden Vlora, Shkoder, Kukes und Tropoja statt. Insbesondere Familien mit kleinen Kindern hätten sich auf den Weg nach Europa, vor allem nach Deutschland, gemacht. Die Zahl habe in den letzten zwei Monaten Rekordmaße angenommen. Auffällig sei der starke und ungewöhnliche Andrang von neuen Anträgen für biometrische Reisepässe in letzter Zeit. Die albanische Regierung appelliert an die Bevölkerung, den Versprechungen von Schleppern nicht zu trauen, in Europa gebe es keine Aussicht auf Asyl aus wirtschaftlichen Gründen.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind rund 1,4 Millionen Albaner ausgewandert. Die Bevölkerung Albaniens schrumpft seit Jahren. Die Migration ist primär wirtschaftlich motiviert (schlechte Lebensbedingungen, Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, vgl. BN v.12.01.15).

Russische Föderation

Sicherheitslage im Nordkaukasus

Auch im Jahr 2014 sind die Opferzahlen im Nordkaukasus weiter zurückgegangen. Nach Informationen der russischen Internetzeitung „Caucasian Knot“ wurden bei Kämpfen und Anschlägen mindestens 341 Personen getötet (2013: mindestens 529, 2012: 700 und 2011: 736 Tote). In Dagestan gingen die Opferzahlen zwar ebenfalls deutlich zurück. Doch bleibt diese Nordkaukasus-Republik der Schwerpunkt der Gewalt. Dort fanden die meisten Spezial-Operationen der Sicherheitskräfte gegen bewaffnete Gruppierungen statt. In der Hauptkrisenregion des Nordkaukasus wurden 2014 mindestens 208 Menschen (2013: 341) getötet. In Tschetschenien stieg die Zahl der Toten von 39 auf 52 aufgrund zweier schwerer Selbstmordanschläge im Jahr 2014. In Kabardino-Balkarien ging die Zahl der getöteten Personen auf 49 (2013: 92) und in Inguschetien auf 21 (2013: 36) zurück. Ruhig blieb es in den anderen Nordkaukasus-Republiken Adygien, Karatschai-Tscherkessien und Nordossetien, wo lediglich ein Todesopfer zu verzeichnen war. Im Gebiet

Stawropol, das seit einigen Jahren zum Föderalbezirk Nordkaukasus zählt, starben 2014 insgesamt zehn Menschen.

Ukraine

Lage im Osten

Die Situation bleibt weiterhin instabil. Zwei Monate nach Beginn der Waffenruhe in der Ostukraine sind bei heftigen Gefechten sechs ukrainische Soldaten getötet worden. Erstmals nannte das ukrainische Militär die Namen russischer Armee-Einheiten, die in der Ostukraine im Einsatz sein sollen. Unter anderem seien die 15. mechanisierte Infanteriebrigade der russischen Armee, die achte mechanisierte Infanteriebrigade sowie die 331. und die 98. Luftlandedivision im Einsatz.

Am 14. und 15.04.15 trafen rund 300 US-Fallschirmjäger zu einer Ausbildungsmission in der Ukraine ein. Sie sollen 900 Soldaten der ukrainischen Nationalgarde, die dem ukrainischen Innenministerium untersteht und vor allem aus früheren Maidan-Kämpfern besteht, sechs Monate lang ausbilden und gemeinsame Militärübungen veranstalten.

Politische Morde

In Kiew wurden innerhalb von 24 Stunden ein bekannter prorussischer Journalist sowie ein Unterstützer des gestürzten Moskau-treuen Präsidenten Viktor Janukowitsch getötet. Oleg Kalaschnikow, Abgeordneter von Janukowitschs Partei der Regionen, fand man nach Polizeiangaben am Abend des 15.04.15 tot in seinem Haus. Am 16.04.15 wurde der Journalist Oles Buzyna, Chefredakteur einer Kiew-kritischen Zeitung, nahe dem Stadtzentrum auf offener Straße erschossen. Die Polizei nahm Mordermittlungen auf. Inzwischen hat sich eine nationalistische Gruppe namens Ukrainische Aufständische Armee (UPA) zu diesen und anderen Attentaten bekannt und drohte, weitere „antiukrainische“ Personen zu töten, sollten diese nicht das Land innerhalb von 72 Stunden verlassen.

China

Urteil gegen Gao Yu

Am 17.04.15 verurteilte ein Peking Gericht die 71-jährige prominente Journalistin Gao Yu wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen zu sieben Jahren Haft. Ihr Gerichtsverfahren fand bereits im November 2014 statt; im April 2014 war sie festgenommen worden. Ihr wurde vermutlich vorgeworfen, das interne „Dokument Nr. 9“ der Kommunistischen Partei ans Ausland weitergegeben zu haben, welches eine Reidiologisierung der Partei thematisiert und vor westlichen Werten warnt. Im Mai 2014 zeigte das chinesische Staatsfernsehen ihr, wie sie später erklärte, erzwungenes Geständnis.

Aktivistinnen gegen Kautio n auf freiem Fuß

Fünf feministische Aktivistinnen, die Anfang März festgenommen worden waren (vgl. BN v. 30.03.15), wurden am 13.04.15 gegen Kautio n freigelassen.

Kolumbien

Rückschlag im Friedensprozess

Die Guerillaorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) tötete im Departement Cauca in der Nacht zum 15.04.15 bei einem Angriff auf eine Militärpatrouille mindestens zehn Soldaten. Staatschef Juan Manuel Santos ordnete daraufhin am 15.04.15 an, die Luftangriffe auf die Rebellen wieder aufzunehmen. Sie waren im März 2015 eingestellt worden, nachdem die FARC eine einseitige Waffenruhe verkündet hatte. Seit 2012 verhandeln Regierung und Rebellen über ein Friedensabkommen.